SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/77 Bonn, den 22. April 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Fortsetzung geboten Zum Deutschlandgespräch der Parteien	44
2	Gespräche über die deutsch-holländische Grenze hinweg Junge Sozialdemokraten machten einen vielversprechenden Anfang	4[illegible]
3 - 4	"Stirb schneller, Mieter !" Wohnungssorgen der alten Menschen Von Stadtrat Dr. Gerhard Brückner, Regensburg	67
5 - 6	Prestige der Großen - Kummer der Kleinen Waffenlieferungen gefährden die Stabilität im Nahen Osten Von Gad Redlich	69

+ + +

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach
Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 21901/319 • Redaktion 21831/32 • Telex: 8886890
Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Fortsetzung geboten

Zum Deutschlandgespräch der Parteien

sp - Über Langeweile in der Politik braucht sich in diesen Tagen und Wochen wohl niemand beklagen. Es ist viel los, sowohl hüben als auch drüben der Zonengrenze, es wird ungewöhnlich viel diskutiert, die Sorgen der gespaltenen Nation und die Suche nach Erleichterungen für die von der Spaltung schwer betroffenen Menschen bewegen die Geister. Die innerdeutsche Diskussion um eine, den veränderten Verhältnissen angepaßte Deutschlandpolitik schlägt hohe Wellen, sie erregt die Menschen und ließ Tabus erschüttern, die bisher als heilig und berührbar galten. Es wird viel gefragt und vieles in Frage gestellt. Welch ein Wandel im Vergleich zu den fünfziger Jahren, in denen die Schwarz-Weiß-Malerei in Hochblüte stand, das politische Geschehen und die in ihm wirkenden Kräfte so überschaubar schienen. Vieles ist nun in Bewegung geraten, Vorurteile verloren ihre Macht und starre Fronten weichen auf, die Bereitschaft, einander anzuhören und miteinander nach neuen Wegen zu suchen, ist im Wachsen. Auch in der deutschen Innenpolitik hat ein Klimawechsel stattgefunden, verloren jene an Boden, die mit den Rezepten der fünfziger Jahre glaubten die Probleme von heute und morgen lösen zu können. Ihr einstmals beherrschender Einfluß schwindet, schlägt ihnen doch der Wind ins Gesicht.

Lange hat es gedauert, bis es zu einem gemeinsamen Parteiengespräch über die Deutschlandpolitik, deren Reformbedürftigkeit wohl nun allgemein empfunden wird, kam. Es hat nicht viel Sinn, den Blick rückwärts zu wenden und Tränen darüber zu vergießen, daß in den vorangegangenen Jahren alle von der Sozialdemokratie in dieser Richtung gemachten Anregungen abgetan wurden. Die Würdigung versäumter Gelegenheiten soll den Historikern vorbehalten bleiben. Heute gilt es, wachsam und vorbereitet zu sein und das zu tun, was im Rahmen bescheidener deutscher Möglichkeiten liegt und versuchen zu erreichen, was nur mit einem Höchstmaß von Geschlossenheit aller demokratischen Parteien erreicht werden kann. Daß die an der Oberfläche geführte Diskussion über Für und Wider eines Schlagaustausches zwischen der SPD und der SED nun abklingt, ist ein Gewinn der deutschen Demokratie und ein hoffnungsvolles Anzeichen für den Wandel im Verhältnis der Parteien zueinander. Unser Volk kann sich eine Verketzerung des parteipolitischen Gegners, ein Erzübel der Adenauer-Ära, nicht mehr leisten, es hat auch kein Verlangen danach. Die Lösung der deutschen Lebensfrage wird nur durch eine kraftvolle, ihrer Stärke bewußten und vom offensiven Willen zur Selbstbehauptung getragenen deutschen Demokratie möglich sein, oder sie wird überhaupt nicht erfolgen. Das schließt ein hartes Ringen zwischen den Parteien um die besten Methoden und Wege nicht aus, ja, es ist sogar erforderlich, aber alle müssen sich in diesem Ringen als Weggefährten zu einem gemeinsamen Ziel betrachten.

Das Parteiengespräch um die Deutschlandpolitik war ein guter Anfang. Weitere Gespräche, planvoll und gründlich vorbereitet, sind vonnöten. An schwerem Gesprächsstoff fehlt es nicht.

\+ + +

- 2 -

Gespräche über die deutsch-holländische Grenze hinweg

Junge Sozialdemokraten machten einen vielversprechenden Anfang

H.B-er. - Die jungen Sozialdemokraten aus dem deutsch-niederländischen Grenzraum um Maastricht und Aachen wollen sich häufiger zu einem politischen Gedankenaustausch treffen. Sie wollen außerdem darauf hinwirken, daß die Sozialdemokraten von hüben und drüben, aber auch die gesamten kommunalen und politischen Instanzen enger als bisher zusammenwirken.

Das ist das wesentliche Ergebnis einer zweitägigen Konferenz, die die Jungsozialisten von Aachen und Aachen-Land gemeinsam mit jungen Sozialdemokraten der Partei der Arbeit der Provinz Limburg im niederländischen "Europa-Haus" auf Kastell Borgharen bei Maastricht abgehalten haben. Niederländer und Deutsche stellten in Borgharen fest, daß man trotz der bestehenden guten Nachbarschaft einfach zu wenig voneinander wisse. Wie notwendig aber das Wissen um die gegenseitigen Probleme, Sorgen und Nöte ist, zeigte sich bei den Diskussionen zu dem Thema, wie die Schatten der Vergangenheit gemeistert, wie die künftige Zusammenarbeit enger gestaltet werden kann.

Ein niederländischer Sprecher nannte ein Problem freimütig beim Namen: Es sei bedauerlich und unverständlich, daß man in Deutschland sich überhaupt nicht bemühe, wenigstens im unmittelbaren Grenzgebiet auch die niederländische Sprache zu lehren. Es sei zwar richtig, daß praktisch alle Niederländer, die eine über die Volksschule hinausgehende Bildung haben, deutsch sprechen und vielfach auch schreiben könnten. Aber an deutsch-niederländischen Gesprächen sollten, so meinte der Sprecher, doch auch jene Bürger beteiligt werden können, die des Deutschen nicht mächtig seien. Bislang würden auch auf Kastell Borgharen deutsch-niederländische Diskussionen nur in deutscher Sprache geführt. Kein Niederländer meinte übrigens, daß das Niederländische etwa den Englisch-Unterricht verdrängen sollte; aber ein fakultativer Unterricht in Niederländisch (und mehr entsprechende Volkshochschulkurse) im deutschen Grenzland würde in den Niederlanden zeigen, daß man im Grenzraum um eine wirkliche Verständigung und um ein echtes Verstehen bemüht sei.

Junge niederländische und deutsche Sozialdemokraten, so der Limburger Abgeordnete Dr. Oele, der auch dem Europäischen Parlament angehört, verlangten auch mehr praktische Schritte der Zusammenarbeit im Grenzgebiet, und zwar unter Einbeziehung der belgischen Ostregionen um Lüttich, vor allem auf dem wichtigen Gebiet der Regional- und Strukturpolitik. Ein sehr aktueller Ansatzpunkt seien die Schwierigkeiten im belgischen, im Limburger und im Aachener Kohlengebiet.

Die jungen Sozialdemokraten der Dreiländerecke bei Aachen haben noch keine konkreten Schritte beschließen können. Dafür reichte der erste, zweitägige Gedankenaustausch noch nicht aus. Aber die begonnenen Gespräche werden, auch auf niederländischen Wunsch hin, fortgesetzt werden. Daß daraus praktische politische Forderungen und Vorschläge erwachsen können, das hat die erste Begegnung auf Kastell Borgharen gezeigt.

+ + +

- 3 -

"Stirb schneller, Mieter !"

Wohnungssorgen der alten Menschen

Von Stadtrat Dr. Gerhard Brückner, Regensburg

In der Sprechstunde eines Kommunalpolitikers tritt die Problematik unseres Wohlfahrtsstaates manchmal schärfer ins Bild, als die neugekleideten Spaziergänger und die chromglänzenden Autokolonnen ahnen lassen. Rasch verfliegt der am Weg ins Büro aufgenommene Eindruck von Wartezeiten an Baustellen und der nervösen Atmosphäre überfüllter Omnibusse, obzwar die Nervensäge Straßenverkehr an die brennende Notwendigkeit erinnert, den Straßen- und Verkehrsausbau weiterzuführen. Aber eine Schlange von wartenden Wohnungssuchenden wirkt noch eindringlicher; denn im Straßenbau trägt die g a n z e Bürgerschaft mit - Moped und Mercedesfahrer, wenn Notwendiges fehlt - während die Streichung von 18 Millionen DM allgemeiner Bundesmittel für ein Wohnungsbauprogramm 1966 nur die Schwächsten und Ärmsten trifft.

* So ein Stiefkind des Wirtschaftswunders ist der weißhaarige
* Rentner, dessen Einkommen sich trotz jahrzehntelanger, aber
* saisonbedingt kurzfristiger Beschäftigungen am Rande des Für-
* sorgesatzes bewegt.

Ihm wurde der Mietzins für eine total unhygienische Wohnung um Doppelte gesteigert, weil es seit dem Vorjahr auch für Altbauten keine Mietpreisbindung mehr gibt. Die Wohnung ist nach dem Wegzug der Kinder zu groß geworden, ein Wohngeld fällt nicht an. Oder es tritt ein Ehepaar auf, dem seine seit 40 Jahren innegehaltene Wohnung aufgekündigt wurde. Man versucht, die Betroffenen auf den sozialen Wohnungsbau zu verweisen. Aber auch dort werden schon Mieten verlangt, die ein Einkommensempfänger von 500 DM nicht mehr zahlen kann.

* Wenn es nämlich zumutbar ist, ein Viertel seines Einkommens
* für die Wohnung zu opfern, dann gilt das nur für eine Monats-
* rente von 1000 DM, weil da noch 750 DM zum Leben verbleiben,
* nicht aber für den Durchschnittsrentner mit 400 DM, der dann
* eben mit 300 DM sich und die Frau durchbringen soll.

Er ist der Hauptbetroffene des Lücke-Plans, der - notwendigerweise - gegen die Altbauten gerichtet war, weil er die schon libe-

ralisierten Bauten mit freier Finanzierung nicht zu beeinflussen brauchte.

Im gegenwärtigen Stadium müssen die Bewilligungsstellen daher darauf achten, daß Wohnungen gefördert werden, die auf die Bedürfnisse alter Leute zugeschnitten sind. Neben den jungen Familien und den ansteigenden Kinderreichen dürfen wir nicht übersehen, daß die Lebenserwartung um 23 Jahre gestiegen ist. Die Statistik läßt für 1970 in Bayern 1,25 Millionen Überalterte, aber nur 50 000 Heimplätze erwarten. Alle Bemühungen der Wohlfahrtsverbände und der - auch mit SPD-Initiative beschlossene - Altenplan mit 3 000 Wohnplätzen jährlich sind allein nicht ausreichend. Es darf aber nicht dazu kommen, daß ein anständiger Mieter nach Jahrzehnten in einem Obdachlosenheim landen muß, weil die Wohnbaumittel vorwiegend zu Eigenheimen verwendet werden. So gerne man jedem sein unfriedetes Eigenleben vergönnt, innerhalb des sozialen Wohnungsbaus muß die Dringlichkeit bevorzugt und alles vermieden werden, was die Bodenpreise zu schwindelnden Höhen treibt.

* Das Wohngeld ist kein Allheilmittel. Es kann zu überhöhten
* Ansprüchen beider Teile verführen - weil Vater Staat "es
* schon richten wird". Seine Obergrenzen müssen außerdem, wenn
* es einen Sinn haben soll, mit der schleichenden Geldentwertung mitziehen.

Es ist nur ein Glück, daß die Gemeinden nicht auch noch mit Universitätsbauten belastet sind - die trägt allein der Staat -, weil 1972 die geburtenstarken Jahrgänge dort antreten dürften. Es kommen aber andere Größenordnungen auf uns zu, die unsere Pflichtaufgaben flutartig anschwellen lassen werden. Bayern zahlte in den Topf zur Finanzierung neuer wissenschaftlicher Hochschulen den zweithöchsten Betrag aller Länder.

Solange die Mittel es noch gestatten, sollten daher der Staat und die Gemeinden die Altersfürsorge vom Wartesaalcharakter - Wartesaal als letzte Station des Lebens - zu bewahren suchen. Es muß eine Übertreibung bleiben, was über die Lage in einer hessischen Kurstadt geschrieben wurde, wo 25 Prozent der Bewohner über 65 Jahre alt sind - fast so wie in Wien - und wo die Presse eine Schlagzeile prägte: "Stirb schneller, Mieter!"

- 5 -

* * *

Prestige der Großen - Kummer der Kleinen

Waffenlieferungen gefährden die Stabilität im Nahen Osten

Von Gad Redlich

Man braucht nicht zu den ständig pessimistischen Zeitgenossen zu gehören, um für den Nahen Osten in dem weiteren Verlauf dieses Jahres ein Wettrüsten großen Ausmaßes vorauszusagen, das zugunsten aller Beteiligten und vor allem der Sicherheit in dieser seit Jahren traditionellen Krisenecke besser unterblieben wäre. So wie es im Augenblick scheint, werden diesmal nicht nur sowjetisch-amerikanische Großmachtinteressen, sondern auch die Reibereien zwischen General de Gaulle und dem Präsidenten der USA zur Vergrößerung eines Pulverfasses ihre Ration beitragen. Daß die auf den berühmten Funken wartende Zündschnur erst garnicht mehr gelegt zu werden braucht, wäre auch ohne eine "Organisation zur Befreiung Palästinas" nicht mehr als eine Binsenwahrheit.

Die Suche nach dem eigentlichen Urheber dieses Runs auf modernste Vernichtungsmittel - Atomwaffen Gott sei Dank ausgenommen - läßt sich auch ohne die kriminalistischen Fähigkeiten eines Sherlock Holmes durchführen. Blickt man nämlich nach Moskau, so bietet die Hauptstadt der Sowjetunion in diesen Tagen das Bild eines Mekkas der Waffensucher. Eines zweiten Mekkas sozusagen, denn die Herren, die sich dort gegenseitig die Türklinken in die Hand drücken, pflegen die Wallfahrt nach der Stadt der moslemischen Gläubigen schon durchgeführt zu haben.

Schon seit Beginn der Kämpfe im Jemen floß ein unaufhörlicher Strom von Waffen und anderen Armee-Ausrüstungsgegenständen in ägyptische Sammelbecken. Da bemerkte Jordanien, daß Washington die undankbare Aufgabe übernommen hatte, den von Bonn abgebrochenen Waffenlieferungs-Vertrag an Israel zu Ende zu führen. Flugs setzte man daraufhin die Amerikaner mit dem Hinweis unter Druck, eine Weigerung zu ähnlichen Sendungen an König Hussein würde einen Bittgang der Jordanier nach Moskau nach sich ziehen.

Damit hatte der Herrscher des "Hoschimitischen Königreiches von Jordanien" zwei Fliegen mit einer Klappe geschla-

gen. Einerseits wußte man die Amerikaner in der Furcht, solche "Linkswendungen" könnten Hussein zu einem Einfrieren der Beziehungen zu den USA veranlassen. Obendrein wußte man nun die Franzosen in arger Bedrängnis, da mit de Gaulle schon seit längerer Zeit über Lieferungen von Mirage-Düsenjäger verhandelt wurde. Die Waage scheint sich nach dem amerikanischen Nachgeben nun endgültig dem "Starfighter" zugewandt zu haben, was für den gallischen Hahn zumindest für den Augenblick den Verlust einiger Prestige-Federn bedeutet.

Neuesten Meldungen aus Moskau zufolge wollen nun auch die Iraker Herrn Kossygin als liebem Waffen-Weihnachtsmann ihr Sprüchlein aufsagen. Gut informierten Kreisen zufolge sieht der von einer zur Zeit in Moskau weilenden und von den Sowjets positiv beurteilte Wunschzettel folgendermaßen aus: Düsenjäger neuester Bauart (anstelle der Mig-Serie), ferngesteuerte Raketen, U-Boote, Zerstörer, Torpedo- und Küstenwach-Boote. Den nun nicht gerade kleinlichen Wünschen haben sich jetzt auch die Syrer angeschlossen

Womit die Reihe beim Ringelspiel wieder an Ägypten wäre. Hier erwartet man im nächsten Monat den Besuch von Herrn Kossygin, um ihm weitere Unterstützung gegen die Königstreuen im Jemen abzuluchsen. Wie es heißt, soll das sowjetische Staatsoberhaupt schon jetzt seine Zusage nicht verweigert haben.

Auf der anderen Seite im jemenitischen Bürgerkrieg stehen nun aber nicht nur die Stämme des früheren Herrschers über das gesamte Land, sondern zu seiner Rückendeckung Saudi-Arabien. Und wo Rußland auf der einen Seite fleißig mitmischt, dürfen Amerika und nahestehende Verbündete auf der anderen nicht fehlen. Und so erhält nun das Königreich in der arabischen Wüste englische Jets vom Typ Lightning plus Hawk-Raketen aus den USA.

Und um General de Gaulle nicht ganz in seiner jordanischen Misere zu lassen - er darf an Israel Mittelstreckenraketen als Abschreckung gegen die von deutschen Technikern in Kairo produzierten Bomben-Träger und an den Libanon die von Hussein verschmähten "Mirage" liefern. Über 1000 Jets, an die 4000 Düsenflugzeuge und zusätzliche Waffen werden in Kürze im Nahen Osten in den Arsenalen ruhen. Israels Militärparade zum Unabhängigkeitstag im nächsten Monat wird zumindest einen kleinen Einblick geben, wie sich das kleine Land als letztlich Leidtragender gegen die ins Quadrat erhobene politische Unvernunft zu schützen gedenkt.

\+ + +